

## Haushaltsrede 2023

Sehr geehrte Bürgermeisterin, werte Magistratsmitglieder, sehr geehrte Stadtverordneten und Gäste.

Der vorliegende Haushaltsplan für das Jahr 2023 birgt keine großen Überraschungen und ich schicke voraus, dass wir von der BWG mehrheitlich zustimmen werden, obwohl die Zukunftsaussichten nicht rosig sind. Nichtsdestotrotz haben wir alle, zumindest mehrheitlich, die Entscheidungen getroffen, die uns da hingeführt haben wo wir jetzt stehen. Getreu dem Zitat „Ist so, lassen wir den lieben Gott einen guten Mann sein“ wäre zu einfach. Deshalb bedarf das Eine und Andere einer genaueren Betrachtung.

Als erstes möchte ich das Thema der Ortsentlastungstangente ansprechen, welches zum Jahresabschluss im Parlament noch einmal für Diskussionsstoff gesorgt hat. Die Umgehungstangente ist hinlänglich besprochen worden und die tatsächlichen Kosten wurden im letzten Jahr neu bewertet und schonungslos offengelegt. Auch der Bevölkerung gegenüber. Der Bund hat die Übernahme der Baukosten abgelehnt. Es ist Fakt, dass die Stadt die Kosten von über 10 Mio. nicht tragen kann. Da hilft es auch nicht die endgültige Entscheidung nochmal bis ins Frühjahr zu vertagen. Meiner Meinung nach ist es illusorisch zu glauben, dass die Sanierung der Mainstraße auch nur die Hälfte der Baukosten der Tangente erreichen könnte. Das Projekt ist somit gescheitert, so schmerzlich das auch für die Betroffenen und auch für uns als Parlamentarier ist. Die Gründe habe ich in meiner Haushaltsrede letztes Jahr schon ausgeführt und ich möchte deshalb auch nicht mehr dazu sagen.

Weitere Kosten zur Tangente laufen nicht mehr auf und der vorliegende Haushaltsplan weist auch keinerlei Beträge im Investitionsplan aus.

Eins möchte ich in diesem Zusammenhang jedoch noch erwähnen. Wie kann es sein, dass in der bayrischen Nachbargemeinde Mömlingen ein Quereinstieg in den Bundesverkehrswegeplan ermöglicht wurde und das bei uns abgelehnt wird? Das Verkehrsaufkommen ist größer als in Mömlingen. Die Verkehrszählungen in Hainstadt werden von Hessen Mobil jedoch als zu gering bewertet, um in Breuberg einen Bedarf zur Übernahme in den Verkehrswegeplan zu ermöglichen. Das soll mir jemand mal erklären, zumal Hessen, wie Bayern, ebenfalls ein Geberland im Länderfinanzausgleich darstellt.

Damit schlage ich die Brücke zum nächsten Thema.

Die Kindergärten in unserer Stadt sind voll ausgelastet. Es wird alles dafür getan, um jedem Kind einen Platz in der U3- und Ü3 Betreuung zu gewährleisten und zu erhalten. Auch in diesem Bereich hat der Gesetzgeber Vorgaben gemacht, welche die Kommunen umzusetzen haben. Auch hier werden die Kommunen weitestgehend alleine gelassen, was die Finanzierungen betrifft. Für uns hier in Breuberg zeigt sich das an dem Neubau des Kindergartens in Neustadt ganz deutlich. Beschlossen wurde dieser vor Pandemie und Ukraine Krieg. Wie jeder weiß sind die Baukosten in den letzten Jahren dramatisch angestiegen. Damit war bei der Kostenaufstellung im Vorfeld nicht zu rechnen. Die Fördergelder für solche Maßnahmen wurden und werden jedoch nicht angepasst. Hinzu kommen noch die Personalkosten in diesem Sektor. Auch und gerade durch den Ukraine Krieg sind die Zahlen der Kinder, denen ein gesetzlicher Anspruch auf Betreuung zusteht, gestiegen. Hier in Breuberg sind wir in der glücklichen Lage, den damit einhergehenden enormen Personalaufwand erfüllen zu können. Einerseits ein Segen, jedoch müssen die Erzieherinnen und Erzieher auch bezahlt werden. Somit müssen wir mit einer Steigerung der Personalkosten von rund 1 Mio. € ab diesem Jahr, alleine in diesem Bereich rechnen. Hinzu kommen noch Lohnsteigerungen im gesamten Dienstleistungssektor. Ich erinnere an die aktuellen Lohnforderungen von Verdi im öffentlichen Dienst.

Weitere Baumaßnahmen, wie der Neubau des Feuerwehrhauses in Hainstadt und die Sanierung des „alten Rodensteiner“ werden leider ebenfalls teurer als geplant. Die Gründe liegen auch und hauptsächlich an der allgemeinen weltweiten Entwicklung in den letzten 2-3 Jahren.

So sind die gesamten Mehraufwendungen bei unseren laufenden Baumaßnahmen jetzt schon auf über 2 Mio. € zu beziffern.

Der Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Kostensteigerung im Bau- und Energiesektor sind das eine. Steigende Lohnkosten und steigende Kosten in allen Belangen sind Faktoren, die den vor uns liegenden Haushalt stark belastet. Die geplanten Ausgaben zum Erhalt, Modernisierung oder Ausbau unserer Infrastruktur sind notwendig und wichtig. Jedoch steuern wir zurzeit auf eine Entwicklung zu, in der wir spätestens 2026 nicht mehr in der Lage sein werden die Investitionskredite von über 7,0 Mio. € zu bedienen.

Im letzten Jahr habe ich schon einmal darauf hingewiesen, dass unsere Bevölkerung wegen der steigende Lebenshaltungs- und Energiekosten außerordentlich belastet ist. Dies ist durch die allgemeine Weltlage leider in einem Ausmaß erfolgt, mit dem in diesem Umfang nicht zu rechnen war. Diese

Umstände, gerade im Energiebereich, belasten aber auch die Kommunen und die Stadt Breuberg, nicht zuletzt wegen der vier städtischen Hallen.

Alle diese Umstände führen leider dazu, dass wir nur schwer unsere Bürger finanziell entlasten können. Es liegt an uns Parlamentarier umsichtig und sparsam mit den finanziellen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, umzugehen. Es ist sogar unsere Pflicht kommende Beschlüsse auf eine sichere und stabile Haushaltslage auszurichten.

Die begonnenen Baumaßnahmen sind sinnvoll und bringen unsere Stadt sicherlich weiter. Wir werden diese auch gänzlich umsetzen. Auch sind getroffene Entscheidungen unter günstigeren Vorzeichen verabschiedet worden. Bei all dem was in Zukunft folgt, müssen wir darauf achten, dass wir die Auswirkungen im finanziellen Bereich genaustens im Blick behalten.

Das Wunschprojekt Verkehrskreisel an der Kreuzung von Neustadt und Rai-Breitenbach ist deshalb auch stark gefährdet. Der ursprüngliche Kostenansatz mit dem Einfluss von Fördergeldern und Zuschüssen ist quasi verpufft. Die jüngste Kostenschätzung beläuft sich aktuell auf ca. 850.000 €. Für die Stadt Breuberg würden hier im günstigsten Fall, Kosten von ca. 700.000 € entstehen. Auch hier, keine Hilfe vom Land bzw. Hessen Mobil. Diese ersehen keine Notwendigkeit für einen Kreisel, da die Unfallstatistik das nicht hergibt. Bei uns in Hessen müssen offensichtlich erst Menschen im Straßenverkehr sterben oder schwer verletzt werden, bevor Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit gefördert werden. Von Prävention keine Spur. Auch hier werfe ich mal einen Blick in den Nachbarkreis Miltenberg, wo hinter Elsenfeld sieben Kreisel in eine Umgehung integriert wurden und jüngst zur Auffahrt auf die B426 bei Obernburg die komplette Kreuzung umgestaltet wurde, obwohl da kein Unfallschwerpunkt vorhanden ist.

Zurück zum Haushalt.

Anstatt unsere Bevölkerung zu entlasten sind wir gezwungen durch Erhöhungen der Grund- und Gewerbesteuer, diese zu belasten. So wurde die Grundsteuer B auf 480 Punkte erhöht und soll nächstes Jahr gar auf 520 Punkte steigen. Unter den Gesichtspunkten, die ich vorher dargelegt habe erscheint es schon fast wie ein Hohn in der gleichen Versammlung die Grund- und Gewerbesteuer zu erhöhen und gleichzeitig eine Stelle zu schaffen, in der ein Energieberater finanziert werden soll. Ich weiß, dass diese Stelle nur befristet auf 2 Jahre und zu 70% bezuschusst wird. Nichtsdestotrotz kostet diese Stelle, die Stadt eine fünfstellige Summe, wo doch im Moment die Finanzmittel knapp bemessen sind.

Wir haben heftig darüber diskutiert und ich möchte diese Diskussion nicht noch einmal aufleben lassen. Ich möchte nur dafür sensibilisieren, dass wir uns ein Stück weit davon verabschieden müssen, in Maßnahmen einzukaufen, nur weil wir davon Fördergelder abschöpfen können.

Die Lage wird immer prekärer. Mein Parteikollege Ralf Lang hat schon länger vor dieser Entwicklung gewarnt und ich kann das nur bestätigen. Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem kaum mehr eine Abkehr zum drohenden Haushaltssicherungskonzept möglich ist.

Vieles ist noch unerwähnt, wie z.B. die Finanzierung zur Sanierung unserer innerörtlichen Straßen. Diese Entscheidung steht in Kürze an. Leider ist unter den gegebenen Umständen eine wirkliche Entlastung unserer Bürger schwierig umzusetzen. Bleibt zu hoffen, dass das Land Hessen spätestens nach den anstehenden Landtagswahlen zur Einsicht gelangt, den Kommunen mehr finanziellen Rückhalt zu geben, um die aufgetragenen Herausforderungen in angemessener Weise umzusetzen.

Es liegt aber vor allem an uns selbst, künftige Entscheidungen genauestens abzuwägen und unter finanziellen Gesichtspunkten kritisch zu hinterfragen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Michael Schwarz